

NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzung-Nr: 5/XVI. WP

Sitzungstermin: am Mittwoch, dem 20. Februar 2008 von 18:06 Uhr bis 21:17 Uhr

Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

ANWESEND SIND:			
Mitglieder CDU-Fraktion			
1	Ratsherr	Hohenstein	
2	Ratsherr	Remmers	
3	Ratsherr	Schroth	
4	Ratsvorsitzender	Steuernagel	
Mitglieder SPD-Fraktion			
5	Ratsherr	Baum	
6	Ratsfrau	Dr. Beckmann	
7	Ratsherr	Bienert	
8	Ratsherr	Riemer	ab TOP 3a, 18.12 Uhr
Mitglieder FDP-Fraktion			
9	Ratsherr	Klockow	
10	Ratsherr	Schasse	
Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN			
11	Ratsfrau	Westphal	
Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder			
12	Behindertenbeauftragte	Bothe	
13	Herr	Gronenberg	
14	Herr	Grothey	
15	Frau	Hippert-Glowienka	
16	Herr	Schellenberger	
17	Herr	von Berckefeldt	
es fehlten entschuldigt			
18	Herr	Bischoff	
von der Verwaltung			
19	Leiter ZD	Hoffmann	
20	Fachdienstleiter	Kramer	
21	Erster Stadtrat	Lahmann	
22	Fachdienstleiter	Müller	
23	Fachdienstleiter	Pape	
24	Fachbereichsleiter	Paulsen	
25	Verwaltungsangestellte	Stünkel	

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
- 3a. Verbesserung des Radweges zwischen Egestorfer und Kirchdorfer Bahnhof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 18.12.2007 -
Vorlage XVI/202
- 3b. Kommunales Klimaschutzprogramm
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 12.02.2008 -
Vorlage XVI/237
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008
Vorlage XVI/189
5. Haushaltssicherungskonzept 2008
Vorlage XVI/191
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
8. Umsetzung des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2006 (Nds. GVBl. Nr. 24 v. 22.11.2005)
Vorlage XVI/179

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Bienert eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Dr. Beckmann beantragt, den nichtöffentlichen TOP 8 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Frau Westphal beantragt, die nachgereichte Vorlage XVI/237 als TOP in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

TOP 3 wird in TOP 3a geändert.

Erweiterung um TOP 3b

Kommunales Klimaschutzprogramm

- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 12.02.2008
Vorlage XVI/237

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen
--

Beratungsergebnis:

1. Die Beschlussfähigkeit für die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung für die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung wird beschlossen.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3a. Verbesserung des Radweges zwischen Egestorfer und Kirchdorfer Bahnhof - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 18.12.2007 - Vorlage XVI/202

Frau Westphal erläutert kurz die Vorlage.

Beratungsergebnis: zugestimmt
mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Für die Verbesserung des Radweges zwischen Egestorfer und Kirchdorfer Bahnhof werden Mittel i.H.v. 10.000,00 EUR in den Haushalt 2008 eingesetzt.

3b. Kommunales Klimaschutzprogramm - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 12.02.2008 - Vorlage XVI/237

Herr Hartwig stellt inhaltlich den Antrag vor und beantwortet Nachfragen zur Kostenaufstellung. Frau Westphal erklärt abschließend, dass der Antrag in dieser Sitzung nur vorgestellt werden soll. Informationsmaterial kann für die Ratssitzung nachgeliefert werden.

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

Beschlussdarstellung:

Der Rat beschließt die Erarbeitung und Aufstellung eines kommunalen Klimaschutzprogramms 2008 – 2020 in Kooperation mit der Klimaschutzagentur Region Hannover und stellt die erforderlichen Mittel von 20.000,00 EUR im Haushalt 2008 bereit.

4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2008 Vorlage XVI/189

Die aktuelle Änderungsliste mit Stand 20.02.2008 sowie die Austauschseite V10 – Haushaltsvermerke wurde als Tischvorlage verteilt. Herr Lahmann informiert über ergänzende Erläuterungen zu den Haushaltsvermerken „Budgetierung und Deckungsfähigkeit gemäß § 18 Abs. 2 GemHVO“. Herr Müller teilt mit, dass die neue Änderungsliste alle bisher vorliegenden Änderungen einschließlich der haushaltsrelevanten Beschlüsse aus dem Ausschuss f. Jugend, Bildung, Sport und Kultur vom 18.02.2008 beinhaltet.

Der im Ausschuss für Jugend, Bildung, Sport und Kultur am 18.02.2008 behandelte Zuschussantrag der Rapunzel-Eltern-Kinder-Gruppe e.V. wird den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben.

Frau Dr. Beckmann bittet die Verwaltung um eine aktualisierte Übersicht sämtlich vorliegender Zuschussanträge. Diese wird für die Ratssitzung am 06.03.2008 zugesagt.

Frau Dr. Beckmann meldet zu den Anträgen der CDU/FDP Gruppe für ihre Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, über die Anträge nicht abzustimmen bzw. bittet um Verständnis, wenn sich die SPD-Fraktion enthält.

Herr Schroth stellt für die CDU/FDP Gruppe die nachstehenden Anträge, die wie folgt behandelt werden:

- **Der Ansatz für Personalkosten wird auf 10,6 Millionen € begrenzt.**

Geänderter Beschlusstext:

- **Der Ansatz der bereinigten Personalausgaben wird auf 10,6 Millionen € begrenzt. Die Wiederbesetzungssperre wird aufgehoben.**

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

- Für Maßnahmen zur Sanierung des Lehrschwimmbeckens Adolf-Grimme-Schule werden im Haushalt 2008 **60.000,- €** zuzüglich Planungskosten bereit gestellt. Insgesamt werden zunächst für die technische Sanierung und Optimierung des Schwimmbetriebes 120.000€ für ausreichend gehalten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Nutzungsentgelte neu festzusetzen; diese haben sich an der Nutzungsdauer sowie den zukünftigen Betriebskosten zu orientieren. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung aufgefordert, eine Übertragung des Lehrschwimmbeckens an die BGB vorzunehmen.

Beratungsergebnis: behandelt

- Im Haushalt 2008 für den Einsatz von Familienhebammen 15.000,- € eingestellt.

Frau Dr. Beckmann kündigt hierzu einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion an.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

- Zur Initiative für Arbeitsplätze und Lehrstellen wird ein Betrag in Höhe von 3.000,- € in Ansatz gebracht.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

- Die Sprachförderung wird im Umfang von 5.000,- € in den Haushalt eingestellt. Diese Mitteleinstellung ist mit der Aufgabe an die Verwaltung verbunden, eine Beteiligung der Region an den Kosten zu erreichen.

Frau Dr. Beckmann kündigt hierzu einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion an.

Beratungsergebnis: behandelt

- Die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem Tierschutzverein Barsinghausen für die Aufnahme von Fundtieren eine Anpassung des bestehenden Vertrages durchzuführen.

Geänderter Beschlusstext:

- Die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem Tierschutzverein Barsinghausen für die Aufnahme von Fundtieren eine Anpassung des bestehenden Vertrages durchzuführen mit dem Ziel den beantragten Zuschuss zu den Energiekosten vertraglich abzusichern.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

- Zur Suchtberatung sind Mittel von 5.100,- € vorzusehen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

- Der Kleingärtnerverein Barsinghausen erhält zur Pflege des jüdischen Friedhofs einen Zuschuss in Höhe von 800,- €

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

- Die Bürgergilde Hohenbostel erhält zur Treppensanierung vor dem Ehrendenkmal in Hohenbostel gemäß ihres Antrages einen Zuschuss in Höhe von 50 % der nachgewiesenen Kosten, maximal jedoch 3.000,- €.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

- Dem Tennisverein Rot-Weiß Barsinghausen wird für seine geplanten Baumaßnahmen ein Zuschuss in Höhe von 10 % nach der Sportförderrichtlinie gewährt.

Beratungsergebnis: behandelt

- *Dem Schützenverein 01 wird für seine geplanten Baumaßnahmen entsprechend seines Antrages ein Zuschuss in Höhe von 10 % nach der Sportförderrichtlinie gewährt.*

Beratungsergebnis: behandelt

- Der VSV Hohenbostel erhält für den Bau eines Minispielfelds einen Zuschuss in Höhe von 10 % der anfallenden Kosten entsprechend den Sportförderrichtlinien.

Beratungsergebnis: behandelt

- Die bereitzustellenden Mittel für die Schuldnerberatung werden mit einem Sperrvermerk versehen. Soweit eine Kostenabdeckung über die Region erfolgt, werden diese Mittel nicht verausgabt.

Beratungsergebnis: behandelt

- Die Verwaltung wird aufgefordert, im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen alle bestehenden Verträge mit freien Trägern im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sukzessive von der Defizitabdeckung auf vergleichbare Festkostenzuschüsse umzustellen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen

- Die Verwaltung wird aufgefordert, Einsparpotenziale hinsichtlich eines elektronisch nutzbaren Ratsinformationssystems für Ratsmitglieder aufzuzeigen und vorzubereiten.

Geänderter Beschlusstext:

- Die Verwaltung wird aufgefordert, Einsparpotenziale hinsichtlich eines elektronisch nutzbaren Ratsinformationssystems für Ratsmitglieder aufzuzeigen und vorzubereiten. Hierbei sind auch die notwendigen Investitionen zu benennen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

- *Die Verwaltung wird um sorgfältige Prüfung gebeten, ob es im Rahmen der Gleichbehandlung und der politischen Neutralität vertretbar ist, nur einer Jugendorganisationen eigene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.*

Beratungsergebnis: verwiesen in den Ausschuss für Jugend, Bildung, Sport und Kultur

- Im Haushalt des Gebäudewirtschaftsbetriebes wird ein Betrag in Höhe von ~~30~~ 50.000,- € für Planungsarbeiten zur Sanierung der KGS Goetheschule *umgewidmet*.

Frau Dr. Beckmann kündigt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion an, den Etat der KGS für die bauliche Erweiterung um 800.000 EUR zu erhöhen.

Herr Schroth sieht ebenfalls Handlungsbedarf, hält aber eine sorgfältige Planung für erforderlich, damit die Sanierung sinnvoll und sachgerecht erfolgen könne.

Herr Steuernagel verweist auf die Beschlussfassung im Schulausschuss.

Beratungsergebnis: verwiesen in den Werksausschuss Gebäudewirtschaftsbetrieb

- Der Ansatz für Betriebsmittel im Feuerwehrbudget wird auf 70.000,- € erhöht. Erwirtschaftete Einsparungen bleiben im Feuerwehrbudget (Steigerung um 20.000,- €).

Frau Dr. Beckmann beantragt die Erhöhung der Ansätze auf das vom Arbeitskreis Budgetierung vorgeschlagene Niveau der einzelnen Haushaltsstellen.

Herr Bienert lässt über den Antrag von Frau Dr. Beckmann abstimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
1 Enthaltung

Herr Bienert ruft zur Abstimmung über den Antrag der CDU/FDP Gruppe auf.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
1 Enthaltung

- Die JubiF erhält einen Zuschuss in Höhe von 1.500,- €.

Geänderter Beschlusstext:

- Die JubiF erhält einen Zuschuss in Höhe von 1.500,- €
Sperrvermerk: Die Mittel dürfen nur für Jugendinformationsarbeit verwendet werden. Die Verwendung ist nachzuweisen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

- Zur Weiterförderung des „Regionssportprojektes Kindertages-sport“ werden in den Haushalt 2008 2.500€ eingestellt. Dieses Geld dient zur Unterstützung einer Pilotphase. Für eine langfristige Finanzierung müssen noch andere Finanzquellen erschlossen werden.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

- Die Zuweisung an die Stadtwerke zum Bäderbetrieb wird auf 365.000,- € festgesetzt.

Frau Dr. Beckmann meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf an. Herr Schroth erläutert, dass die weiteren 15.000 EUR zusätzlich für den Betrieb des Lehrschwimmbeckens und der schwimmtreibenden Vereine bestimmt seien. Im wesentlichen handele es sich hier um eine Beihilfe, um die Schwimmsportdefizite, die die Vereine produzieren, etwas abzumildern und den Übergang des Lehrschwimmbeckens an die Bäderbetriebsgesellschaft zu erleichtern.

Herr Bienert ruft zur Abstimmung über den Antrag der CDU/FDP Gruppe auf.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen

Von der CDU/FDP Gruppe wird zusätzlich folgender Antrag gestellt.

Die seitens der Stadt Barsinghausen beantragten und zwischenzeitlich seitens der Region Hannover genehmigten Projekte werden bis auf das Projekt „Bremsbergweg mit Brücke“ nicht gegenfinanziert. Die Projekte Himmelstreppe, Arena, Labyrinth und Hochseilgarten werden gestrichen.

Frau Dr. Beckmann fragt nach der Position der Verwaltung hierzu und bittet um Informationen über die bisher geflossenen Planungsmittel.
Herr Bienert lässt über den Antrag abstimmen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

Die Haushaltssatzung der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2008 sowie das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011 werden beschlossen.

Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2007 bis 2011 wird zur Kenntnis genommen.

5. Haushaltssicherungskonzept 2008
Vorlage XVI/191

Zu den in der Beschlussvorlage XVI/191 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind von der CDU/FDP-Gruppe eingebracht worden. Die einzelnen Maßnahmen sind der Reihe nach im Einzelnen wie folgt behandelt worden.

1. Prüfung des Verkaufs von Anteilen an den städtischen Gesellschaften

Frau Dr. Beckmann kündigt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Punkt Energieversorgung an, zusätzlich 50.000 EUR zur Verfügung zu stellen.
Frau Westphal spricht sich gegen den Verkauf von städtischen Gesellschaften aus.

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP Gruppe:

Die Prüfung der Übernahme der Energieversorgung und des Verkaufs von Minderheitsanteilen an städtischen Gesellschaften.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

2. Fortführung des Grundvermögensprogramms zur Haushaltssicherung

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

3. Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes

Frau Dr. Beckmann teilt mit, dass sich ihre Fraktion noch nicht abschließend beraten habe.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen

4. Aufgabe des Kraftfahrzeugzulassungsservice

Frau Westphal stellt für ihre Fraktion den Antrag, Punkt 4 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP-Gruppe:

Prüfauftrag zur Ermittlung der tatsächlichen Einsparung inklusive aller Nebenkosten bei einer möglichen Aufgabe der Zulassungsstelle bzw. die Prüfung möglicher kostengünstiger Alternativen im Sinne des Bürgerservice.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

5. Einstellung der Migrationsberatung nach Vertragsablauf (30.04.2008)

Frau Westphal stellt für ihre Fraktion den Antrag, Punkt 5 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP-Gruppe:

Die Migrationsberatung soll unter Würdigung des finanziellen Engagements der Region einer Erfolgskontrolle unterzogen werden. Eine Einstellung ist vorerst nicht vorgesehen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

6. Wegfall des Verzichts auf Gebühren und Kostenerstattungen von der IG Stadtfest nach Vertragsablauf 2009

Frau Dr. Beckmann erkundigt sich nach der Auswirkung des Wegfalls auf den ideellen Bereich und den Kinderbereich und fragt an, wer für die Prüfung zuständig sei.
Herr Lahmann sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP-Gruppe:

Der Verzicht auf Gebühren und Kostenerstattung von der IG Stadtfest nach dem Vertragsablauf 2009 wird unter der Voraussetzung beibehalten, so lange keine Gewinne bei der IG Stadtfest anfallen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
4 Enthaltungen

7. Übertragung der Durchführung des Adventsmarktes auf andere Träger (z.B. CENTRUM e.V.) und Verzicht auf die städtische Defizitabdeckung

Geänderter Beschlusstext:

Übertragung der Durchführung des Adventsmarktes auf andere Träger (z.B. CENTRUM e.V.)

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen

8. Verzicht auf Zuschüsse an die Kapellen bzw. Spielmannszüge der freiwilligen Feuerwehr

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen

9. Ausweitung des Feuerwehrbudgets auf die Betriebskosten der Feuerwehrhäuser

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

10. Schließung des Lehrschwimmbekens in der Adolf-Grimme-Schule zum Schuljahresende 2007/2008

Beratungsergebnis: erledigt durch Beschlussvorlage XVI/212

11. Übertragung kultureller Aufgaben auf private Träger (z.B. CC & Co., KuBa) unter Zuschussgewährung ab 01.07.2010 bzw. 01.01.2011

Beratungsergebnis: behandelt

12. Kündigung des Vertrages mit der Musikschule Calenberger Land zum 31.12.2008 (Kündigung muss bis 31.03.2008 erfolgen) oder Einschränkung der Leistungen (Beschränkung auf Kooperationen mit Kita's und Schulen)

Beratungsergebnis: erledigt durch Beschlussvorlage XVI/222

13. Kündigung des Vertrages mit der Kunstschule Noa Noa zum 31.12.2010

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen

14. Zweckverband Volkshochschule Calenberger Land

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, Punkt 14 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

Frau Westphal stellt für ihre Fraktion den Antrag, Punkt 14a) und b) zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Wie Vorlage:

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

15. Mittelfristige Zusammenlegung der Stadtbücherei mit einer Schulbücherei

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, Punkt 15 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlusstext lt. Verwaltung:

Mittelfristige Zusammenlegung der Stadtbücherei mit einer Schulbücherei. Dabei soll seitens des Stadtmarketings geprüft werden, ob ein anderer Standort sinnvoll bzw. eine andere Konzeption / Einbindung in Frage kommt.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

16. Schließung des Kinder- und Jugendhauses Egestorf im Rahmen der Neukonzeption der Jugendpflege mit dem Ziel, das Gebäude einer anderweitigen Nutzung (z.B. Mehr-Generationen-Haus) zuzuführen

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, Punkt 16 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 5 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlusstext lt. Verwaltung:

Auf Grundlage des neuen Jugendkonzeptes wird die Verwaltung aufgefordert, einen neuen Nutzungsvorschlag für das Kinder- und Jugendhaus Egestorf zu erarbeiten.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

17. Aufgabe der Sprachförderung für Kinder im Jahr vor dem Schuleintritt nach Auslaufen des jetzigen Programms

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen

18. Schließung des Hortes Egestorf zum Schuljahr 2009 / 2010 bei gleichzeitiger Stärkung des Ganztagsangebotes der Ernst-Reuter-Schule

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, Punkt 18 zu streichen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

Frau Westphal stellt für ihre Fraktion den Änderungsantrag: Schließung des Hortes zum Schuljahr **2012/2013** bei gleichzeitiger Stärkung des Ganztagsangebotes der Ernst-Reuter-Schule **und bei gleichzeitiger Nichtneuaufnahme von Kindern in den Hort.**

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen

Geänderter Beschlusstext lt. Verwaltung:

Schließung des Hortes Egestorf zum Schuljahr 2009 / 2010 bei gleichzeitiger Stärkung des Ganztagsangebotes der Ernst-Reuter-Schule.

Hinsichtlich des Übergangs der Hortkinder in die Ganztagsbetreuung ist mit der Schulleitung eine Übergangsphase auszugestalten, die Ende 2008 auslaufen sollte.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

19. Einstellung der Busbeförderung zu den Kindergärten Ostermunzel und Stemmen zum Ende des Kindergartenjahres 2007 / 2008

Beratungsergebnis: nicht beraten

20. Beteiligung der Sportvereine an den Betriebskosten der Sporthallen

Geänderter Beschlusstext:

Beteiligung der Nutzer an den Betriebskosten der Sporthallen, nach dem die Verwaltung die Betriebskosten ermittelt hat und ein Anreizsystem zur Energieeinsparung bei der Nutzung der städtischen Sporthallen entwickelt wurde. Für den Jugend- und Schulsport sollen Sondermöglichkeiten geprüft werden.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

21. Änderung des Bebauungsplans im Bereich Leibnizstraße mit dem Ziel, statt drei Kinderspielplätze nur einen Kinderspielplatz festzusetzen

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen

22. Verlegung des Siedlerfestplatzes Barsinghausen einschl. des angrenzenden Spielplatzes von der Hans-Böckler-Straße auf das unbebaute städt. Grundstück an der Otto-Brenner-Straße und Vermarktung der freiwerdenden Flächen

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP-Gruppe:

Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel, einvernehmlich mit den bisherigen Nutzern den Siedlerfestplatz Barsinghausen einschließlich des angrenzenden Spielplatzes von der Hans-Böckler-Straße auf ein alternatives städtisches Grundstück in räumlicher Nähe zu verlegen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

23. Einstellen der Weihnachtsbeleuchtung

Geänderter Beschlusstext lt. Antrag CDU/FDP-Gruppe:

Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel, eine Kostenbeteiligung für die Weihnachtsbeleuchtung in der bisherigen Form zu erreichen oder alternative Möglichkeiten für die Durchführung der Beleuchtung zu finden.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

24. Aufgabe der öffentlichen Toilette am Bahnhof Barsinghausen, sofern der Arbeiter-Samariter-Bund Toiletten im ehem. Bahnhofsgebäude zur öffentlichen Benutzung zur Verfügung stellt

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

25. Außerbetriebnahme der Fahrstuhlanlage am Bahnhof Barsinghausen

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen

26. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A und B (bisher 450 v.H.)

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen

27. Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer (bisher 380 v.H.)

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 6 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

28. Erhöhung des Hebesatzes für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit sowie der Vergnügungssteuersätze (bisher 10 v.H.)

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 11 Ja-Stimmen

29. Erhöhung der Hundesteuer (bisher Ersthund 107,00 EUR)

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 11 Nein-Stimmen

Die nachstehenden Maßnahmen wurden zusätzlich beschlossen:

30. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen alle bestehenden Verträge mit freien Trägern im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sukzessive von der Defizitabdeckung auf vergleichbare Festkostenzuschüsse umzustellen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Enthaltungen

31. Die Verwaltung wird aufgefordert, Einsparpotenziale hinsichtlich eines elektronisch nutzbaren Ratsinformationssystems für Ratsmitglieder aufzuzeigen und vorzubereiten. Hierbei sind auch die notwendigen Investitionen zu benennen.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

Beratungsergebnis: behandelt

Beschlussdarstellung:

Als Haushaltssicherungskonzept 2008 werden die in der Sachdarstellung näher erläuterten Maßnahmen 1 bis 31 beschlossen.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Riemer bemerkt, dass er keine Einladung erhalten habe.

Frau Dr. Beckmann stellt verschiedene Nachfragen zur Informationsvorlage NKR. Herr Lahmann antwortet, dass über den Projektstrukturzeitplan nach der Ende Februar terminierten Besprechung mit Prof. Hufnagel im nächsten Ausschuss berichtet werden kann. Über die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung wird ebenfalls noch diskutiert.

Zur Frage, ob die Fortbildungsmaßnahmen in dem geplanten Umfang für alle Organisationseinheiten notwendig seien, wird betont, dass es sich bei der 13 tägigen Schulung um reine Grundlagenschulung handelt, insbesondere für die an der Projektarbeit beteiligten Mitarbeiter. Die Mitarbeiter im Fachbereich Finanzen erhalten eine noch umfassendere Fortbildung.

Als Vorteile für die Einrichtung der zentralen Finanzbuchhaltung sprechen die Wahrnehmung der Pilotfunktion für die Kernverwaltung und der höhere Personaleinsatz durch die Überleitung des Personals aus der dezentralen Buchhaltung der Gebäudewirtschaft in die zentrale Buchhaltung der Kernverwaltung zur Vermeidung von organisatorischen Problemen.

**8. Umsetzung des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2006 (Nds. GVBl. Nr. 24 v. 22.11.2005)
Vorlage XVI/179**

Herr Lahmann bemerkt, dass der Termin 2010 für die Einführung NKR nicht zu schaffen sei, da mit der Haushaltsplanung bereits Mitte 2009 begonnen werden müsste und damit nur ein Jahr für die Vorbereitung zur Verfügung stehen würde. Das hält er für zu kurz.

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Bienert schließt die Sitzung um 21:17 Uhr.

Bienert
Ausschussvorsitz

i. V. Müller
Fachbereichsleitung

Stünkel
Protokollführung